

# Tabak-Arbeiter

Nr 41 / Bremen, den 8 Oktober 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.  
- Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerlohn. - Anzeigenpreis  
50 Goldpfennig für die drittergehaltene Zeile. - Schluß der Anzeigenannahme und  
der Redaktion Montag abends. - Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dehne  
- Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Dehmann. - Druck: Bremer  
Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalzfeldt & Co. - sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition Bremen, An der Weide 20, Telefon: Amt  
Kolon 4048. - Geld- und Einzahlungsbüro an Johannes Krohn. - Postfach-  
konto 5148 beim Postamt Hamburg. - Bankkonto: Bankabteilung der Groß-  
handelsbank Deutsche Kontowertung m. b. H. Hamburg und Bank der Arbeiter,  
Ausgestellten und Beamten, A. G., Berlin. - Verbandsvorsitzender: Karl Dehmann  
- Verbandsausführung: C. Schöne, Hamburg, Felsenbühl 57, Zimmer 46/3

## Die „Gefahrengemeinschaften“ der Unternehmer

In den Unternehmerorganisationen ist in der letzten Zeit eine außerordentliche Rührigkeit zu verzeichnen. Neue Kampforganisationen werden errichtet, die man bezeichnenderweise „Gefahrengemeinschaften“ nennt. Es ist bemerkenswert, daß der Anstoß zur Bildung solcher Gefahrengemeinschaften von zwei Seiten ausgeht. Der heftige Kampf in der rheinischen Textilindustrie hat die Unternehmer dieser Industrie veranlaßt, den Zusammenschluß der Arbeitgeber in der Textilindustrie über das ganze Reich enger und fester als bisher zu gestalten. Zu der gleichen Zeit wird der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zu einem engeren Zusammenschluß aufruft und die Errichtung eines gewaltigen Streikfonds vorschlägt. Es ist notwendig, diese Vorgänge einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, um zu erkennen, was tatsächlich vorgeht.

Wenn solche Bestrebungen von mehreren Seiten zugleich in Angriff genommen werden, so ist ohne weiteres erkennlich, daß hierin System liegt. Als der Streik in der Krefelder Textilindustrie beendet war, erklärten die Unternehmer, daß sie ein Abkommen mit den gleichen Arbeitgeberverbänden der übrigen Bezirke treffen würden, das eine gegenseitige Unterstützung bei örtlichen Streiks verbürgt. Die deutschen Arbeitgeberverbände der Textilindustrie waren bisher schon in loser Form vereinigt. Diesen losen Zusammenschluß hält man nicht für weitgehend genug, weshalb man beschloß, Kampfgemeinschaften zu errichten. Die Kampfgemeinschaft, wie sie speziell für die Seidenindustrie gedacht ist, soll die Arbeitgeberverbände in der Textilindustrie der Bezirke Krefeld, München-Gladbach, Biersen, Elberfeld, Bielefeld, Münster, Gütersloh und Kottbus mit insgesamt 175 000 Arbeiter umfassen. Daneben sollen Rückversicherungen mit den Verbänden des sächsischen Textilgebietes getroffen werden. Man plant einen gemeinsamen Kampffonds zu errichten, um lokale oder bezirklich ausbrechende Arbeitskämpfe mit Kampfmaßnahmen in anderen Bezirken zu beantworten. Man will also zu dem alten Mittel großer Ausperrungen greifen, um die betreffende Gewerkschaft durch eine kolossale Belastung ihrer Streikkasse auf die Knie zu zwingen.

Noch viel umfassender und gewaltiger sind die Pläne, die von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgehen. Handelte es sich bei der Textilindustrie um ein engeres Fachgebiet, so versucht man mit den Maßnahmen, die von der Schwerindustrie ausgehen, die gesamte Industrie vom Rohstoff bis zum feinsten Fertigfabrikat zu erfassen. Die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat zur Bildung von „Gefahrengemeinschaften“ aufgerufen, deren Zweck nach der „Bergwerks-Zeitung“ ist, „Geldmittel zu sammeln, um gegen evtl. Angriff der Gewerkschaften gerüstet zu sein“. Sehen wir uns einmal den Plan, der von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ausgeht, etwas genauer an. Es gibt keinen Bezirk in Deutschland, wo der Zusammenschluß der Unternehmer so lückenlos und geschlossen erfolgt wie hier. Bereits am 25. Juni 1919 wurde die „Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirks- und Arbeitgebervereinigung“ in Düsseldorf errichtet. Dieser Austauschstelle gehören die Unternehmerorganisationen aller Industrien und Berufe an. Im ganzen sind es 21 große Verbände, die ungefähr das Gebiet in der Linie Kleve, Krefeld, Neuß, Remscheid, Siegen, Münster, Bocholt, Wesel umfassen. Die übrigen westdeutschen Bezirke von Aachen bis Worms und vom Westerwald bis Trier sind im wesentlichen der Austauschstelle Köln angeschlossen. Zwischen der Austauschstelle in Köln und der Austauschstelle in Düsseldorf bestehen enge Verbindungen, so daß die Tatsache besteht, daß die gesamte westdeutsche Industrie einschließlich des Baugewerbes von

Worms und Trier bis nach Kassel und Bielefeld in einem gewaltigen Block zusammengeschlossen ist.

Dieser Zusammenschluß, der bereits in loser Form seit Jahren besteht, soll nunmehr durch die sog. Gefahrengemeinschaften noch enger gestaltet werden. Um für alle Fälle gerüstet zu sein, und den Kampf gegen die Arbeiter in breiter Front führen zu können, wurde beschlossen, pro Arbeiter einen Monatsbeitrag von 5 M zu erheben. Nach der „Frankf. Zeitung“ beschäftigen die in der Austauschstelle Düsseldorf zusammengeschlossenen Unternehmer allein schon 1 Million Arbeiter. Rechnet man diese Gruppe allein, so käme pro Monat ein Beitrag von 5 Millionen Mark zusammen. Für die fünf Monate dieses Jahres von August bis Dezember würde die ungeheure Summe von 25 Millionen Mark allein in der Austauschstelle Düsseldorf zusammenlaufen. Nimmt man die benachbarten Bezirksorganisationen hinzu, so erhält man einen Kampffonds von gewaltiger Größe.

Hierbei muß noch ein wesentlicher Umstand in Berücksichtigung gezogen werden. Der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist das Spiegelbild einer gewaltigen Kapitalkonzentration. Die großen Konzerne der Schwerindustrie haben hier ihren Sitz. An ihrer Spitze steht der große Trust, die Vereinigten Stahlwerke A. G. Der zweite Generaldirektor des Stahlvereins, Dr. Ernst Bönsgen, ist zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe und der Austauschstelle der rheinisch-westfälischen Bezirks-Arbeitgebervereinigung in Düsseldorf. So treffen sich in der Person des Vorsitzenden drei große Kristallisationspunkte: Die Nordwestgruppe, die die gesamte Schwerindustrie umfaßt; der Stahltrust mit seinen großen Ausläufern in ganz Deutschland und nach dem Auslande und die Austauschstelle in Düsseldorf, der sämtliche Industrien angehören. In Personalunion mit der Nordwestgruppe steht auch der Langnamensverein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen), der die Bezirksstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie darstellt, ebenfalls sämtliche Industrien umfaßt und eine der mächtigsten Organisationen dieser Art ist. Der Verein für die bergbaulichen Interessen ist die Arbeitgeberorganisation für den Ruhrbergbau. Durchschaute man diese Organisationsentfaltung des Unternehmertums, so findet man, daß letzten Endes die Spitzen in den Direktionsstuben der großen Trusts von Rheinland und Westfalen zusammenlaufen. Hier konzentriert sich der Kampf gegen die Arbeiterklasse, mag derselbe in der Textilindustrie, in der Fertigindustrie, in der Schwerindustrie oder sonstwo zur Austragung kommen. Man will die mittlere und kleine Industrie zu diesem Zusammenschluß dadurch gesüßig machen, indem man erklärt, daß die Schwerindustrie auf eine evtl. Unterstützung aus dem gemeinsamen Kampffonds verzichtet und dieser der Fertigindustrie allein zur Verfügung stehen soll.

Warum dieser Aufwand an Kraft, warum diese Verschwendung von Summen, die besseren Zwecken dienstbar gemacht werden könnten? Direktor Bönsgen hat selbst zugegeben, daß der finanzielle Aufwand der „Kampfgemeinschaften“ einer 2-prozentigen Lohnerhöhung gleichzustellen ist. Anstatt nun mindestens diese 2-prozentige Lohnerhöhung den Arbeitern und Angestellten zu gewähren, will man sie zu verschärften Arbeitskämpfen verwenden. Bedenkt man weiter, welche Wunden große Arbeitskämpfe dem Wirtschaftsleben schlagen, so muß man erkennen, daß den Unternehmern an dem Wohlstand der Wirtschaft überhaupt nichts liegt. Streiks, die bisher örtlich begrenzt waren, werden in Zukunft durch die Maßnahmen der Unternehmer über weite Bezirke oder über ganz Deutschland

ausgedehnt. Selbst bürgerlichen Leuten ist eine solche Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht angenehm. So schrieb die „Vossische Zeitung“:

„Man wird namentlich in der heutigen Zeit bei der Arbeiterschaft schwerlich Verständnis dafür finden, daß monatlich aus dem Ertrage der Betriebe bedeutende Summen zur Bildung von Kampffonds gezahlt werden, die zu Lohnerhöhungen von mehreren Prozenten dienen könnten. Ein solches Vorgehen steht in besonders kräftem Widerspruch zu den täglich lauter werdenden Befürchtungen der Unternehmer, daß die deutsche Wirtschaft in der Kurve der Arbeitszeit- und Lohnforderungen zu entgleisen drohte. Wenn auch zweifellos die gegenwärtige Lohn- und Gehaltserhöhungswelle mit starker Skepsis betrachtet werden muß, so ist dem doch entgegenzustellen, daß sie als natürliche Folge der ausgebliebenen Senkung des allgemeinen Preisniveaus zu erwarten stand... Wenn gleichzeitig Millionenbeiträge der produktiven Wirtschaft dadurch entzogen werden, daß sie, statt über Lohnerhöhungen zur Hebung der Kaufkraft Verwendung finden, unproduktiven und wirtschaftsschädigenden Kampffonds zugeführt werden, so erscheint ein solches Vorgehen mindestens unverständlich.“ Dieser Meinung ist wenig hinzuzufügen. Nicht Kaufkraftsteigerung, sondern Kaufkraftvernichtung durch Absperrung ist das Ziel der Unternehmer.

Wenn die Arbeiterschaft nicht mit Blindheit geschlagen ist, dann muß sie erkennen, was hier vorgeht. Es geht um nicht weniger als um einen gewaltigen Schlag gegen die Gewerkschaften. Hierfür sollen keine Mittel gescheut werden. Die Unternehmer bleiben Sieger, wenn die Arbeiter nicht schnellstens Gegenmaßnahmen ergreifen. Die Stärkung der Gewerkschaften muß das Ziel sein.

## Gewerkschaften und „Presse“

Beteiligung an der Internationalen Presseausstellung  
Köln 1928

In Köln wird von Mai bis Oktober 1928 eine internationale Ausstellung gezeigt werden, die aus kulturellen, sozialen und wirtschaftswissenschaftlichen Gründen ganz besondere Beachtung verdient. Auf breiter Grundlage wird hier zum ersten Male der Versuch unternommen, alles das, was man unter dem Begriff „Presse“ zusammenfaßt, zur wirklichen Anschauung zu bringen. Das gesamte Kölner Ausstellungs- und Messegelände auf der rechten Rheinseite mit einer Längsfront von über zwei Kilometer am Strom und mehr als 500 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche wird dem Ausstellungsgedanken der „Presse“ dienstbar gemacht werden. Soeben hat die Leitung des ADBB. beschlossen, sich in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei an der Verwirklichung der Ausstellung durch die Errichtung eines großen repräsentativen Baues zu beteiligen. Darin soll das Pressewesen der modernen Arbeiterbewegung in seiner geschichtlichen Entwicklung und in seiner gegenwärtigen Bedeutung dargestellt werden.

Viele werden fragen: Ist es überhaupt möglich, die Presse auf einer auf Massenwirkung und Massenbesuch aufgebauten Ausstellung in fesselnder Weise zu veranschaulichen? Meist denkt man zuerst an das letzte Ergebnis eines komplizierten und weiträumigen Umlaufverfahrens, an die fertige Zeitung und die Zeitschrift. Zeitungen und Zeitschriften in ihrer Geschichte und in ihrer gegenwärtigen Verbreitung zu zeigen, ist gewiß eine dankbare Aufgabe, aber als Grundlage einer modernen internationalen Ausstellung kann sie bei weitem nicht genügen. Das Pressewesen der Gegenwart basiert nicht nur auf bedrucktem Papier. Es ist eine technische, wirtschaftliche, organisatorische, soziale Verknüpfung von höchster Bedeutung und weitestem Wirkungsbereich. Es greift weit über das einzelne Unternehmen hinweg tief in das gesamte öffentliche Leben ein, wobei es im Dienste des privaten Gewinns bestimmter Interessengruppen, aber auch im Auftrage von Parteien und Weltanschauungen die Gesamtheit beeinflusst. Was einstmals ganz unkompliziert von der Uebermittlung bloßer Nachrichten ausging, es ist heute eine verfeinerte und verfeinerte Apparatur der Gesellschaft, ein Spiegel des kapitalistischen Gewinns, daneben aber auch Manifest von Gesinnungen, die von höherer Warte her die Publizistik in den Dienst der Menschheit und der menschlichen Gerechtigkeit stellen wollen.

In dieser letzten Aufgabe liegt die Beteiligung der freien Gewerkschaften an dieser Ausstellung im tiefsten begründet. Die kapitalistischen Presseunternehmen werden, was alles technische, Technische, Organisatorische angeht, auf der Kölner Ausstellung bereits teilweise durch die Macht der Wirtschaft und den Ton angeben. Das gilt vor allem von der Tagespresse. Wir wissen, daß den kapitalistischen Unternehmungen

diejenigen der deutschen Arbeiterbewegung in diesen Dingen noch unterlegen sind. Wohl aber vermag das Pressewesen der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch Einheit, Kraft und Geschlossenheit ein imponierendes Gegenbeispiel der Gesinnungspresse darzustellen, in der sich Abwehrgeduld, Solidarität und Wille zur politischen und sozialen Neugestaltung vereinigt haben.

Das gilt neben der politischen Arbeiterpresse für die Gewerkschaftspresse ganz besonders. Die Millionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands lesen heute ihre Verbandszeitungen. Keine periodisch erscheinende Zeitung kann sich ihnen nach der Zahl der Leser an die Seite stellen. Unsere Gewerkschaftsblätter überwinden den Raum unter den Berufskollegen. Sie bezeugen ihnen dauernd ihre Schicksalsverbundenheit. Hinter ihnen steht nicht das Gewinnziel eines Verlegers oder einer Verlegergruppe, sondern die Idee der Organisation, zu deren Verwirklichung jeder Leser in der Form des Beitrags seinen Teil beisteuert. Aber über den bloßen sachlichen und organisatorischen Unterrichtszweck für die Gewerkschaftsmitglieder weit hinausreichend, bezeugt die Gewerkschaftspresse das Verbundensein mit einer großen Bewegung, die im Gemeinschaftsbewußtsein die arbeitende Menschheit zur Erkenntnis und zum Gebrauch ihrer Kräfte erzieht.

Die Gewerkschaftspresse ist gleichzeitig ein Spiegelbild der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsmacht aus kleinstem Anfang zur heutigen Größe. In den Archiven unserer Gewerkschaftszentralen schlummert anschauliches Material darüber, das in Köln in seinen wichtigsten Beispielen zum ersten Male der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte. Das weitreichende gewerkschaftliche Schrifttum, vom ersten Aufruf bis zum umfangreichen Bericht, die Gesamtgröße gewerkschaftlicher Leistung werden in diesem Zusammenhang auf der Ausstellung wirksam gezeigt werden müssen, da sonst die Eigenart der Gewerkschaftspresse nicht ganz verständlich wird. Eine besondere Würdigung gebührt dabei auch dem Dienst, den die Gewerkschaftspresse ganz allgemein der Sozialpolitik, der Wirtschaftspolitik und darüber hinaus auch der nationalökonomischen Wissenschaft geleistet hat und noch leistet. Das alte „Korrespondenzblatt“ ist für die Erkenntnis der Lage der Arbeiterschaft und für die Sozialstatistik geradezu bahnbrechend gewesen. Es hat eine würdige Fortsetzung in der „Gewerkschaftszeitung“ und in der „Arbeit“ gefunden, Fundgruben für den Praktiker wie für den Forscher.

Die für die Durchführung der Ausstellungsvorbereitungen verantwortlichen Stellen des ADBB. wissen, daß die bloße Zusammenbringung von Materialien heute nicht mehr genügt, und daß graphische Darstellungen, Tabellen und Zeichnungen den stark in Anspruch genommenen, leicht ermüdenden Ausstellungsbesuchern nicht hinreichend fesseln können. Die beiden Elemente moderner Ausstellungstechnik, Licht und Bewegung, werden darum auch bei der Veranschaulichung unserer Gewerkschaftspresse und ihrer Ausbreitung mit eingesetzt werden müssen. Die Frage, in welcher Weise die Internationalität des gewerkschaftlichen Pressewesens demonstriert werden kann, wird gleichfalls noch näher zu prüfen sein.

Die Kölner Internationale Presseausstellung wird, das darf heute schon gesagt werden, für alle Gewerkschaftsmitglieder, keineswegs nur für die unmittelbar beruflich Beteiligten, eine Fülle von belehrenden und anregenden Werten enthalten. Ihr Herzpunkt aber wird für uns „Unser Haus“ sein. Es wird an einem Knotenpunkt des Freigeländes stehen und sich durch hübsche architektonische Gestaltung überaus wirksam aus der Nachbarschaft emporheben, als symbolischer Ausdruck des geistigen Daseins und der Bedeutung der modernen Arbeiterbewegung. Obwohl über Einzelheiten noch nicht entschieden ist, wird unser Haus so gestaltet werden, daß es auch über den Kreis der zur Arbeiterschaft gehörenden Besucher hinaus stärkste Anziehungskraft und Beachtung finden wird. Der Verband der Deutschen Buchdrucker hat bereits mit der Organisation des Massenbesuches durch seine Mitglieder begonnen, die aus allen Teilen Deutschlands im nächsten Jahre nach Köln kommen wollen. Eine Anzahl von Gewerkschaften werden ihre Verbandstage im nächsten Jahre in Köln abhalten und die Teilnehmer durch die Ausstellung führen.

Welche Bedenken sich vielleicht auch im einzelnen erheben mögen: die Grundidee der Kölner Internationalen Presseausstellung ist zu bejahen. Als politische wie als wirtschaftliche Arbeiterbewegung spüren wir in ihr Elemente zur Verwirklichung unseres Willens, durch Erkenntnis der Macht unserer Gegner und durch Sammlung unserer Kraft. Mit unserer Anteilnahme und unserer Mitwirkung bekräftigen wir unser Ziel einer sozialen und kulturellen Neuordnung, die nur im Bunde mit der Arbeiterschaft sein oder nicht sein wird.

# Zum Arbeitslosenversicherungsgesetz

## Die Kurzarbeiterunterstützung bleibt

Der Reichsarbeitsminister hat die Bestimmungen über Kurzarbeiterunterstützungen über den 1. Oktober hinaus verlängert.

## Verlängerung der Krisenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat die Krisenunterstützung auch für die Zeit nach dem 30. September 1927 bis zum 31. März 1928 für die Berufe zugelassen, für die sie bisher zugänglich war, d. h. für die Gärtnerei, Metallverarbeitung und Industrie der Maschinen, Lederindustrie, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungsindustrie und sämtliche Angestelltenberufe. Die Bestimmungen sind dabei in einer Reihe von Punkten geändert worden. Für Arbeitnehmer, die sich am 30. September bereits in der Krisenfürsorge befinden, oder die am 30. September bereits Erwerbslosenunterstützung beziehen und später in die Krisenfürsorge übergehen, gelten aber die bisherigen Bestimmungen über Höhe der Unterstützung und Prüfung der Bedürftigkeit weiter.

## Die Wartezeit in der Erwerbslosenfürsorge

Der Reichsarbeitsminister hat angeordnet, daß die bisherigen Bestimmungen über die Wartezeit in der Erwerbslosenfürsorge über den 1. Oktober hinaus in Geltung bleiben. Die Wartezeit ist fast in allen Teilen des Reichs auf drei Tage festgesetzt.

## Beitragspflicht und Einzugsverfahren

Am 1. Oktober tritt das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft. Hierzu teilt das Reichsarbeitsministerium zur Behebung von Zweifeln folgendes mit: Soweit Arbeitnehmer gegenwärtig von der Beitragspflicht zur Erwerbslosenfürsorge befreit, nach dem neuen Gesetz aber versicherungspflichtig sind (städtische Hausgehilfen, landwirtschaftliche Arbeitnehmer mit drei- bis sechsmonatiger Kündigungsfrist), erlöschen die laufenden Befreiungen mit Ablauf des 30. September; vom 1. Oktober sind für diese Personen Beiträge zu leisten. Ist die Beschäftigung dagegen auch nach dem neuen Gesetz beitragsfrei, so gilt die Befreiung weiter und zwar vorläufig, ohne daß die Befreiungsanzeige erneuert werden mußte.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober treten auch die hier vorgesehenen Änderungen im Einzugsverfahren der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, soweit die Ersatzkrankenkassen in Frage kommen, in Wirksamkeit. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat in einem Schreiben an sämtliche Orts-, Land-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen ausdrücklich darauf hingewiesen. In dem Rundschreiben heißt es darüber:

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ist bis auf weiteres für das Reichsgebiet einheitlich auf 3 Prozent des Grundlohns festgesetzt.

Für diejenigen Versicherten, die wegen der Höhe ihres Arbeitsverdienstes nicht krankenversicherungspflichtig, aber angestelltenversicherungspflichtig sind (Einkommen über 3600 bis einschl. 6000 M jährlich), beträgt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung  $(3600 \times 3 : 100 = 108 : 12) = 9 M$  monatlich. Die Beiträge für diese Versicherten sind an diejenige Krankenkasse abzuliefern, bei der sie für den Fall der Krankheit versichert sind, also, sofern die Versicherten bei einer Ersatzkasse der Reichsversicherungsordnung versichert sind, entgegen dem bisherigen Verfahren an die Ersatzkasse; soweit sie nicht für den Fall der Krankheit versichert sind, an die Krankenkasse, bei der sie für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst nicht die Grenze der Krankenversicherungspflicht überstiege, für knappschafflich Versicherte jedoch an die Reichsknappschaft.

## Bereinbarung

### in der Berliner Zigarettenindustrie

Am 21. September wurde der Konflikt in der Berliner Zigarettenindustrie durch eine Vereinbarung beigelegt, wonach der Schiedspruch vom 7. September beiderseits anerkannt wird mit der Maßgabe, daß an Stelle des Satzes von 5 vom Hundert ein Satz von 7 vom Hundert tritt, um den die Lohnsätze vom 1. September 1927 an erhöht werden.

# Rundschau

## Steigerung der Reichsindexzahl

Die Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September 147,1 gegen 146,6 im Vormonat. Sie ist demnach um 0,3 v. H. gestiegen. An dieser Steigerung sind die Bedarfsgruppen „Ernährung“, „Heizung und Beleuchtung“ sowie „Bekleidung“ beteiligt. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen: 1913/14 = 100, für Ernährung 150,6, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 144,5, für Bekleidung 159,6, für den sonstigen Bedarf, einschließlich Verkehr 184,1.

## Genossenschaftliches

### Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der Konsumgenossenschaften

In Nr. 38 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ befindet sich ein Artikel vom Genossen Heinrich Kaufmann, der die Umsätze, Geschäftsguthaben und Spareinlagen der deutschen Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1927 behandelt. Dem Bericht liegen die Erhebungen über Konsumgenossenschaften zugrunde, die mehr als 400 Mitglieder haben. Die Zahl der berichtenden Genossenschaften ist von 653 auf 648 zurückgegangen, was durch die Verschmelzungen mit benachbarten Genossenschaften zu erklären ist. Die Mitgliederzahl zeigte einen Rückgang von 226 698 von 3 145 840 auf 2 919 142. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Genossenschaften den Ausschluß der „Papiersoldaten“ in energischer Weise fortgesetzt haben. Und da das Geschäftsjahr am 30. Juni geschlossen wird, kommt eine solche Bereinigung der Mitgliederziffern gerade im zweiten Vierteljahr zum Ausdruck. Der Umsatz im eigenen Geschäft erfuhr demgegenüber eine Zunahme von 206 Millionen Mark auf 232 Millionen Mark oder um 26 Millionen Mark. Dieser Vierteljahresumsatz steht nur gegenüber dem vierten Vierteljahr im Vorjahre zurück, der durch das Weihnachtsgeschäft beeinflusst wird. Der Vierteljahresdurchschnittsumsatz je Mitglied erfuhr eine Zunahme von 65,55 M auf 79,78 M. Im zweiten Vierteljahr des Vorjahres belief sich der Durchschnittsumsatz auf 58,35 Mark. Die Gesamtsumme des Geschäftsguthabens der Mitglieder stieg von 36,6 Millionen Mark auf 37,9 Millionen Mark. Auf jedes Mitglied entfiel ein Geschäftsguthaben von 12,97 M gegen 11,64 M im Vorjahre. Die Spareinlagen der Mitglieder zeigen wiederum ein erhebliches Wachstum, nämlich von 159,9 Millionen auf 175,4 Millionen Mark. Auf jedes Mitglied entfielen 60,09 M Spareinlagen gegen 50,89 M im vorhergehenden Vierteljahr. Das starke Wachstum der Spareinlagen stellt die deutsche Genossenschaftsbewegung vor eine neue Aufgabe. Das Jahr 1925 brachte einen Zuwachs an Spareinlagen von 31,1 Millionen Mark, das Jahr 1926 einen solchen von 55 Millionen Mark und das erste Halbjahr 1927 bereits einen solchen von 39,2 Millionen Mark. Somit ist eine progressive Steigerung der Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften festzustellen.

Angesichts dieser an sich erfreulichen Entwicklung folgert der Genosse Kaufmann, daß die Konsumgenossenschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit, etwa in fünf bis sieben Jahren über einen Einlagenbestand der Sparkassenguthaben von rund 1000 Millionen Mark verfügen. Diese gewaltigen Kapitalmengen müssen im Interesse der breiten Massen der Konsumenten verwandt werden. Aus diesem Grunde erläutert der Verfasser noch einmal den Vorschlag, den er auf dem diesjährigen Genossenschaftstag in Essen gemacht hat. Es wird vorgeschlagen, eine konsumgenossenschaftliche Hypothekenbank zu errichten, die nicht nur die Bau- und Siedlungsgenossenschaften besucht, sondern auch den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften unter bestimmten Voraussetzungen Kleinhypotheken zum Erwerb eines Eigenheims zur Verfügung stellt. Die Bank soll zweckmäßig mit der Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft verbunden werden. Durch die Errichtung einer solchen Hypothekenbank würden die Konsumgenossenschaften nicht nur zur Lösung der Wohnungsfrage beitragen, sondern auch die Anziehungs- und Werbekraft der Konsumgenossenschaften erhöhen.

Der letzte Vierteljahresbericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine zeigt, daß die gesunde Entwicklung der Konsumgenossenschaften weitergeht. Durch die großzügigen Pläne, eine Hypothekenbank zu errichten, wird der Interessenskreis der Genossenschaftsbewegung wesentlich erweitert.





# Verbandsleben



## Konferenz- und Versammlungsberichte

### Gaulkonferenz für Schlesien

Am 25. September tagte im Volkshaus zu Görlitz die ordentliche Gaulkonferenz der schlesischen Tabakarbeiter. Zahlreich hatten die Zahlstellen zu dieser wichtigen Konferenz Delegierte entsandt, darunter viele Kolleginnen. Vom Verbandsvorstand war an Stelle des verhinderten Kollegen Hulung Kollege Borax erschienen. In seinen Begrüßungsworten gedachte der Kollege Clement der im letzten Jahre verstorbenen Kolleginnen und Kollegen, ihre Treue zur Organisation und ihr tätiges Mitwirken im Kampfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter, rühmend hervorhebend. Neben einem Referat des Kollegen Borax über die gegenwärtige Konjunktur in der Tabakindustrie und dem Geschäftsbericht des Gaulleiters, Kollegen Clement, nahm die Konferenz auch Stellung zur Lohnfrage. An Hand eines vorzüglichen Zahlenmaterials und Vergleiche ziehend zwischen dem heutigen und dem Stand der einzelnen Branchen der Industrie im Jahre 1913, konnte Kollege Borax feststellen, daß die Produktion der Zigarette im Gegensatz zur Zigarette und des Rauchtobaks erheblich geringer geworden ist. Während die Arbeiterzahl in den beiden zuletzt genannten Branchen gegen 1913 vermehrte, ging sie in der Zigarettenherstellung um rund 55 000 zurück. Redner schilderte dann den Gang der Entwicklung in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie, unter besonderer Berücksichtigung der schlesischen Verhältnisse. Zur Lohnfrage und den vielen Anträgen auf Aufbesserung der leider immer noch sehr niedrigen Löhne in der schlesischen Zigarettenbranche übergehend, erkannte Redner unter Zustimmung der Delegierten unsere bisher geübte Lohn- und Tarifpolitik als richtig an. In Zukunft muß aber danach getrachtet werden, die große Spanne zwischen Ostprovinz und Ostpreußen mit den höchsten Bezirks- und Ortszuschlägen durch Hebung der Nullbezirke und -orte zu verringern. Wenn die Löhne in der Zigarettenbranche denen der anderen Branchen gleichgebracht werden sollen, muß aber auch das Organisationsverhältnis ein besseres werden. Kollege Clement konnte in seinem Geschäftsbericht feststellen, daß die Organisationsverhältnisse sich gebessert haben und auch die Beitragsleistung eine bessere geworden sei. Während in Nieder- und Mittelschlesien sehr gute Organisationsverhältnisse bestehen, ist es in Oberschlesien noch nicht zum besten damit bestellt. Dort arbeitet leider noch ein großer Teil der Kolleginnen unter Tarif. Aber auch dort geht es vorwärts. Redner erwähnte dann die neue Geschäftsordnung des Bezirkschiedsgerichts und erwähnte die Kolleginnen und Kollegen, die im Betriebsrätegesetz vorgeschriebenen Fristen bei Entlassungen usw. strikte innezuhalten. Ueberhaupt müsse die Kollegenschaft aktiver und rühriger werden. Die anschließende Aussprache gipfelte in der Annahme nachstehender Entschliebung:

„Die Delegierten der Gaulkonferenz Schlesiens des Deutschen Tabakarbeiterverbandes verfolgen mit wachsender Besorgnis die unaufhörliche Preissteigerung aller, besonders für die Arbeiterschaft dringend notwendigen Bedarfsartikel, hervorgerufen durch die verkehrte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Infolge der Preissteigerung für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, die kommende Mieterhöhung und Maßnahmen der Arbeitgeber, die Arbeitsleistungen durch Ausgabe von schlecht zu verarbeitendem Umsatz zu verringern, ist die mit dem 1. April d. J. erfolgte Lohnerhöhung von 7½ Prozent illusorisch gemacht. Trotz der Reichstattsvertrag und die Bezirksstattsverträge in der Zigarettenherstellung durch Schiedspruch bis Ende März 1928 Geltung haben, erwarten die Delegierten der Gaulkonferenz, daß die Gaulleitung alles in die Wege leitet, um eine sofortige Neuregelung mit dem Ziel einer ausreichenden Lohnerhöhung beim Hauptvorstand anzustreben. Die Delegierten und mit ihnen die gesamte organisierte Kollegenschaft verlangen, daß Schlesien endlich, wie die Nachbarbezirke, einen Bezirkszuschlag von 8 Prozent erhält. Dazu müßte mindestens eine weitere Lohnerhöhung von 15 Prozent kommen. Ebenfalls ist die Ferienzeit auf mindestens 8 Tage zu erhöhen. Die Delegierten versprechen, alles daranzusetzen, um auch den letzten unorganisierten Tabakarbeiter dem Verbandsverbande zuzuführen, damit unsere Forderung mit dem nötigen Nachdruck erkämpft werden kann.“

Auch von den Vertretern der Zigarettenarbeiter wurde verlangt, daß endlich einmal die Lohnspanne mit den anderen Bezirken durch eine durchgreifende Lohnbewegung der Zigarettenarbeiterchaft in Schlesien ausgeglichen wird. Als Beisitzer mit gleichen Rechten für das Bezirkschiedsgericht werden die Kollegen Tische, Ampst und Langner (Breslau) und Kaschil (Drebnitz) in Vorschlag gebracht und einstimmig gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation schloß nach einigen anfeuernden Worten, die Beschlüsse des Verbandsrats und Gaulkonferenz zur Durchführung zu bringen und alles daranzusetzen, auch für Schesien bessere Verhältnisse für die Kollegenschaft zu schaffen. Kollege Clement die Konferenz.

Frankenberg. Am 29. September fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Tariffragen und die am 1. Oktober in Kraft tretende Mietpreissteigerung. 2. Die Angelegenheit der Erwerbslosenfrage. Um 8.30 Uhr eröffnete Kollege Weßpfleg die Versammlung mit einem besonderen Hinweis auf

den ersten Punkt der Tagesordnung. Anschließend hieran sprach Kollege Fischer in eingehender Weise über die jetzt bestehenden Tariflöhne, welche in richtiger Würdigung als Zwangstariflöhne zu betrachten sind. Die durch die Schiedsprüche gesunkenen Reallohn in Verbindung mit der ab 1. Oktober in Kraft tretenden Mietsteigerung lassen keine anderen Gedanken aufkommen, als Mittel und Wege zu finden, um eine Erhöhung der Löhne zu erreichen. Scharfe Kritik übte Kollege Fischer an der Durchführung des Tarifes bei mehreren hiesigen Fabrikanten. Nach einer lebhaften Diskussion, in welcher das Gebaren mehrerer Fabrikanten kritisiert wurde, beschloß die Versammlung, eine Betriebsräteversammlung einzuberufen, welche Stellung nehmen soll zur Frage, wie die gegenwärtige Lage der Tabakarbeiter zu verbessern ist. Ferner wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 29. September versammelten Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes sind einmütig der Ansicht, daß die heutigen Löhne für den notwendigsten Lebensunterhalt vollkommen unzureichend sind. Sie fordern den Vorstand dringend auf, alles in die Wege zu leiten, um auskömmliche Löhne zu erreichen, andernfalls die Arbeiter zur Selbsthilfe greifen müssen. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung gab Kollege Fischer ausführliche Aufklärung über die wichtigsten Bestimmungen und den Aufbau der Erwerbslosenversicherung.

Lübbecke. Am 30. September fand in Lübbecke eine Kreiskonferenz statt, die von etwa 150 Funktionären des Deutschen Tabakarbeiterverbandes besucht war. In der Hauptsache beschäftigte sie sich mit der Lohnfrage in der Zigarettenindustrie. Zur Tarifverhandlung forderte die Konferenz: 1. Die Erhöhung des Bezirkszuschlages für Oberbaden, Gießen, Schesien, Nordost und Mitteldeutschland auf 8 Prozent. 2. Eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Prozent. 3. Eine Woche Ferien und 4. Aufhebung der Ortsklasse 1 im Bezirkstarif Westfalen. Die Zentrale Tarifkommission wird ersucht, die Vorarbeiten für den neuen Tarif aufzunehmen und Verhandlungen darüber mit dem R.D.Z. einzuleiten. Die Konferenz fordert die Kolleginnen und Kollegen auf, durch Beitritt zum Deutschen Tabakarbeiterverband sich machtvoll hinter diese Forderungen zu stellen.

Mannheim. Allgemeine Tabakarbeiterversammlungen, in welchen Kollege Dahms (Bremen) über „Die Situation im Tabakgewerbe und unsere Lohn- und Tarifpolitik“ referierte, tagten am 27. September, nachmittags 5 Uhr, in Mannheim und abends 8 Uhr in Wiesheim. In großzügig angelegten Ausführungen verstand es der Redner, ein klares Bild von der Entwicklung der verschiedenen Branchen in der Tabakindustrie zu geben. Er wies darauf hin, wie sich die Konzentration und die technische Entwicklung in der Tabakindustrie immer mehr bemerkbar macht. Redner besprach dann die zentrale Lohn- und Tarifpolitik und stellte die Entwicklung der Löhne fest, dabei betonend, daß u. a. die süddeutschen Tabakarbeiter prozentual den größten Vorteil von der zentralen Lohn- und Tarifpolitik gehabt haben, obwohl die Steigerung der Löhne im allgemeinen durchaus unzureichend sei. Neben einer angemessenen Lohnerhöhung muß auch eine Erweiterung der Ferien angestrebt werden. Ebenso müssen höhere Ueberstundenzuschläge, welche das Gesetz mit 25 Prozent als angemessen bezeichnet, erstrebt werden. Durch festen Zusammenschluß im Deutschen Tabakarbeiterverband sei die Gewähr gegeben, diese und andere Forderungen aus eigener Kraft den Wünschen und Bedürfnissen der Tabakarbeiter näherzubringen. Der jetzige Stand des Organisationsverhältnisses sei noch ungenügend. Es müsse deshalb überall mehr als bisher für die Ausbreitung und Stärkung unseres Verbandes gesorgt werden. Fördern wir so unsere Nachpostion, so können unsere künftigen Bewegungen mit größerem Erfolge als bisher für die Kollegenschaft zu Ende geführt werden. Reicher Beifall belohnte den Redner für seine vortrefflichen Ausführungen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Alle Redner beschwerten sich über die zu geringen Löhne und forderten eine baldige entsprechende Lohnerhöhung. Im übrigen sprachen sich alle für die Mitwirkung zur Stärkung unseres Verbandes aus.

Plaue i. Thür. Am 30. September fand, nachdem die Firma Rinn & Clos vor einem Vierteljahr eine Filiale wieder eröffnet hatte, die erste Mitgliederversammlung statt. Nach Bekanntgabe der Abrechnung hielt der Gaulleiter Kollege Schmidt (Nordhausen) einen sehr gut durchdachten Vortrag über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Das nächstliegende sei die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hierbei zeigte er den Unterschied, welcher zwischen den Löhnen der Zigarettenarbeiter und denen von anderen Betrieben besteht. Ein jeder mußte durch die Ausführung klar erkennen, wie die Tabakarbeiter in der Lage sind, die Löhne zu verbessern. Dann zeigte er aber auch an mehreren sehr treffenden Beispielen, wie durch Zusammenhalt die Arbeiterschaft im allgemeinen sich mehr durchsetzen können. Den anwesenden Frauen mag manches klar geworden sein, wie ihr Einfluß verstärkt werden kann und muß. Mit einem begeisterten Appell, treu und fest zusammenzuhalten und den Deutschen Tabakarbeiterverband laufend zu unterstützen, schloß er seine gut angelegten Ausführungen. Eine Aussprache wurde nicht beliebt. Von Zigarettenarbeiter von Plaue, beherzt das Gehörte und Versagte, daß Entgelt statt macht.